

E-Mail-Newsletter

Nr. 182, 10. Dezember 2013

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte zunächst die guten Nachrichten: Die Innenministerkonferenz der Bundesländer beschloss am 4. Dezember, dass Deutschland weitere 5.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen wird. Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Rheinland-Pfalz wollen erneut in diesem Winter keine Abschiebungen durchführen, mit dem vor allem Roma, die als Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind, vor dem strengen Winter im Herkunftsland geschützt wären. Ministerpräsident Kretschmann sagte am Rande der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma BW am 28. November 2013 einem Mitglied des Vorstands des Flüchtlingsrats BW eindeutig auf dessen Anfrage, dass man nicht abschieben werde (außer Straftäter). Eine offizielle Verlautbarung des Innenministeriums BW zu einem solchen erneuten Winterabschiebestopp steht noch aus.

Am 23. November feierte der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bei einer Plenumstagung sein 25-jähriges Bestehen. In einem Grußwort würdigte der neue Ministerialdirektor des Integrationsministeriums, Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann, die Leistungen des Flüchtlingsrats und vor allem der vielen ehrenamtlich Engagierten vor Ort. Er wünschte für die nächsten 25 Jahre viel Erfolg und die Fortsetzung des kritischen und konstruktiven Dialogs zwischen Landesregierung und Flüchtlingshilfe. Man könne davon ausgehen, dass dem Flüchtlingsrat und allen, denen ein humaner Umgang mit Flüchtlingen am Herzen liegt, nicht die Arbeit ausgehen werde.

In diesem Sinne mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Landesregierung bringt Flüchtlingsaufnahmegesetz in den Landtag ein

Nach über zwei Jahren Diskussion und Überarbeitung hat der Ministerrat der Landesregierung den Entwurf für ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg angenommen und in die parlamentarische Debatte eingebracht. Nach Beratungen in den Ausschüssen und im Landtag soll das Gesetz wie geplant am 1.1.2014 in Kraft treten. Neben diversen Verbesserungen gegenüber dem im Juli 2014 eingebrachten Gesetzentwurf, die auch der Flüchtlingsrat begrüßt, will das Land am System der Kostenerstattungspauschale festhalten.

- 22.11.2013 Ministerium für Integration BW: "[Ministerrat bringt Flüchtlingsaufnahmegesetz in den Landtag ein. Integrationsministerin Öney: „Das Gesetz bringt den Menschen mehr Humanität und Integration und den Kreisen mehr Flexibilität“](#)

- 25.11.2013 Landkreistag BW: "[Landkreistag erneuert Forderung nach aufwandsgerechter Kostenerstattung bei Flüchtlingsunterbringung - Keine Finanzierung aus kommunalen Mitteln für staatliche Aufgabe!](#)"

- 07.11.2013 Andreas Linder (Flüchtlingsrat BW): [Das Flüchtlingsaufnahmegesetz auf der Zielgeraden? Was bringt das Gesetz, was verbessert sich in der Praxis? Veröffentlicht im Rundbrief des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg 04/2013](#)

Flüchtlingsaufnahmegesetz macht Wohnunterbringung möglich. In der Realität wird ein Container oder „Systembau“ nach dem anderen eröffnet

Kurz vor Inkrafttreten des neuen Flüchtlingsaufnahmegesetzes, das zwar weiter Unterbringung in Sammelunterkünften vorsieht, aber auch Wohnunterbringung möglich macht, herrscht gespannte Lage in den Stadt- und Landkreisen. Aufgrund gestiegener Flüchtlingszahlen und früherem Abbau von Kapazitäten müssen die Kreise schnell Plätze schaffen und greifen hierbei häufig zu (Not-)Lösungen, bei der die Zielrichtung des neuen Aufnahmegesetzes deutlich verfehlt wird. Kleiner, humaner, dezentraler – dies scheint als grundsätzliche Orientierung mittlerweile allgemein akzeptiert zu sein. In der Realität wird es aber wohl bis auf Weiteres eine Ausnahmeerscheinung bleiben. Ein paar Beispiele:

- 04.12.2013 Rhein Neckar Zeitung: „[Kreis baut in Weinheim bis 2015 Unterkunft für 200 Asylbewerber](#)“
- 05.12.2013 Rhein Neckar Zeitung: „[Rund 240 Asylbewerber kommen nach Wiesloch](#)“
- 04.12.2013 Stuttgarter Nachrichten: „[Asylbewerber in Stuttgart: Flüchtlingsbauten sind Thema](#)“
- 05.11.2013 Reutlinger Generalanzeiger: "[Mehr Platz für Flüchtlinge: Bald ein zweiter Standort?](#)" *Landkreis muss bis Jahresende weitere 112 Asylbewerber unterbringen. Als Notmaßnahme Container für etwa 40 Personen in der Betzinger Carl-Zeiss-Straße*"

05.11.2013 Badische Zeitung: *Flickwerk für Flüchtlinge. [Die Flüchtlingsheime sind in erbarmungswürdigem Zustand – sanieren allein reicht nicht mehr.](#)*

Weitere Berichte finden Sie unter: <http://fluechtlingsrat-bw.de/soziale-lebensbedingungen-unterbringung.html>

Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge: Bisher 360 Anträge bewilligt

Laut einem Bericht der Südwest Presse haben die Ausländerbehörden in BaWü trotz der hohen Hürden (Wohnraum, Lebensunterhaltssicherung durch die Verwandten) bisher Aufnahmeanträge für 360 syrische Flüchtlinge bewilligt. Allerdings sind erst 16 Personen in Baden-Württemberg angekommen. Wie viele Anträge aufgrund der Nichterfüllung der Voraussetzungen abgelehnt wurden, ist nicht bekannt. Baden-Württemberg ist im Vergleich zu anderen rotgrün regierten Bundesländern strenger: Begrenzung auf 500 Personen, Verpflichtungserklärungen dürfen nur von Verwandten, aber nicht von Dritten unterschrieben werden, auch die Krankenkosten müssen trotz zwischenzeitlich anderslautender Aussagen aus dem Innenministerium von den in Deutschland lebenden Verwandten selbst getragen werden.

- 26.11.2013 Südwest Presse: "[Hohe Hürden für Verwandte. Ohne Bürgschaft keine Aufnahme von Flüchtlingen](#)"
- 26.11.2013 Deutsche Welle : „[Kein leichter Weg für syrische Flüchtlinge nach Deutschland](#)“ *Rund 24.000 Syrer sind seit Beginn des Bürgerkriegs vor zweieinhalb Jahren nach Deutschland geflüchtet. Viele riskieren bei der illegalen Einreise ihr Leben, legale Wege gibt es kaum.*

Umstellung auf Bargeldleistungen noch längst nicht überall umgesetzt

Seit der Gültigkeit der „Vorläufigen Anwendungshinweise“ des Integrationsministeriums zum Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) vom 1.8.2012 haben bisher 18 Stadt- und Landkreise von Sachleistungen auf Bargeldleistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes umgestellt. Obwohl das ab 1.1.2014 in Kraft tretende neue FlüAG nahelegt, dass Sachleistungsformen überall „außer Betracht bleiben“ sollen, beharren manche Kreise nach wie vor auf die diskriminierenden Essenspakete oder Gutscheine. Im Kreis Freudenstadt wurde vor Kurzem ein Antrag der grünen Kreistagsfraktion zur Umstellung von Essenspaketen auf Bargeld mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Der Antrag der CDU zur Umstellung auf Gutscheine wurde nur mit knapper Mehrheit angenommen. Die Kreisverwaltung wollte an den Essenspaketen festhalten, weil mit dieser Form die Flüchtlinge am besten kontrollierbar seien und weil sie die kostengünstigste sei. Der Kreis sparte in der Vergangenheit beträchtliche Summen, da ein Teil der Flüchtlinge die Pakete ablehnte und daraufhin vom Leistungsbezug abgemeldet wurde. In Konstanz boykottieren die Flüchtlinge seit über einem Monat die Gutscheinausgabe. Der Landkreis will jedoch nicht auf Bargeld umstellen. Positiv: Der Enzkreis, der bisher beharrlich an den Essenspaketen festhielt, wird auf Geldleistungen umstellen.

- 20.11.2013 Mühlacker Tagblatt: "[Flüchtlinge erhalten Geld statt Esspakete](#)"
- Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz: [Alle Informationen zum Konstanzer Flüchtlingsprotest](#) (*Link zu Homepage*)
- 07.11.2013 [Erklärung der Konstanzer Flüchtlinge \(PDF\)](#)

Bleiberecht für die 72 afghanischen Ungarn-Flüchtlinge gefordert

Am 12. November übergaben Unterstützer/innen mehr als 3.000 Unterschriften an das Innenministerium Baden-Württemberg, mit denen ein Bleiberecht für die Gruppe der 72 aus Ungarn weitergeflüchteten AfghanInnen gefordert wird. Die Betroffenen waren im Juni dieses Jahres aufgrund der menschenunwürdigen Aufnahme- und Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Ungarn nach Baden-Württemberg weitergeflohen. *Nun droht ihnen die Rückschiebung nach Ungarn. Bei der Unterschriftenübergabe sagte Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell zu, dass es aufgrund der geplanten Verfassungsklage in dieser Sache vorläufig keine Rücküberstellungen nach Ungarn gebe, nicht nur bei der Gruppe der 72 AfghanInnen, sondern auch in vergleichbaren Fällen.*

- 12.11.2013 Presseerklärung PRO ASYL und Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: "[Bleiberecht für die 72 afghanischen Ungarn-Flüchtlinge - Abschiebungen nach Ungarn beenden](#)" (PDF)
- 14.11.2013 Stuttgarter Zeitung: "[Afghanen werden vorerst geduldet](#)"
- 15.11.2013 Südwest Presse: "[Abschiebungen vorerst gestoppt](#)"

- www.stop-deportation.de: Erster Erfolg der Eilkampagne: Abschiebungen wurden vorerst gestoppt
- [PRO ASYL-Bericht: „Ungarn: Flüchtlinge zwischen Haft und Obdachlosigkeit“ – Update Oktober 2013](#)

Baden-Württemberg unterzeichnet Staatsvertrag mit Landesverband *Deutscher Sinti und Roma*

„Sinti und Roma sind ein Teil von Baden-Württemberg. Dieses Land ist unsere gemeinsame Heimat. Der Staatsvertrag enthält das klare Bekenntnis zur Anerkennung der baden-württembergischen Sinti und Roma und legt eine verbindliche Förderung der Minderheit fest“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 28. November in Stuttgart. Es wurde ein gemeinsamer Rat mit Vertreterinnen und Vertretern der Minderheit, der Landesregierung, des Landtags und den kommunalen Landesverbänden geschaffen. Dieser soll die Zusammenarbeit zwischen Land und Minderheit stärken und den Dialog mit Sinti und Roma auf eine breite gesellschaftspolitische Grundlage stellen. Mit dem Staatsvertrag wurde auch die Förderung des Landesverbands durch das Land Baden-Württemberg auf jährlich 500.000 Euro erhöht. Damit können u.a. neue Beratungsstellen für Roma, die als Migranten nach Deutschland kommen, geschaffen werden, z.B. in Mannheim. Für die Roma, die als Asylsuchende nach Baden-Württemberg kommen, wird dieser Staatsvertrag voraussichtlich keinerlei Bedeutung haben.

- 28.11.2013 baden-wuerttemberg.de: ["Staatsvertrag mit Sinti und Roma unterzeichnet"](#)
- 29.11.2013 Tom Königs (MdB): ["Der Staatsvertrag in Baden-Württemberg ist deutliches Zeichen an die neue Bundesregierung!"](#)
- [Link zur Homepage des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma](#)

In aller Kürze:

- 18.11.2013 Südwest Presse: ["Der Widerstand hat uns stark gemacht". Seit 25 Jahren kämpft der Flüchtlingsrat im Südwesten für die Rechte von Asylbewerbern. Vor allem auf dem Land ist das manchmal schwierig.](#)
- 18.11.2013 Südwest Presse: [Helfer fordern Bleiberecht. Mehr Einsatz für Ausländer, die nur "geduldet", mit unsicherem Rechtsstatus, im Südwesten leben, verlangt der Flüchtlingsrat von der Landesregierung. Grün-Rot könne für die Menschen mehr machen.](#)
- 06.12.2013 Schwäbische Zeitung: ["Flüchtlingsexperten wollen Besserungen für unbegleitete Minderjährige"](#)
- 09.12.2013 SWR Landesschau: [„Flüchtling freigelassen - Lebensgefährliche Abschiebehaft in Mannheim?“](#)
- 10.12.2013 Über 2000 Menschen haben die Petition ["Bleiberecht für Assan Jallow"](#) unterschrieben. Die Unterschriften werden am 13.12. bei der Geschäftsstelle der Härtefallkommission übergeben. Dort läuft ein Härtefallgesuch für den 20-jährigen Gambier aus Bad Wildbad. .

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Koalitionsvertrag: Ein Schritt vor, zwei Schritt zurück in der Asyl- und Flüchtlingspolitik?

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD macht nur wenig Hoffnung auf Verbesserungen in der Flüchtlingspolitik: Während bereits in Kürze eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete (§ 25b AufenthG) verabschiedet werden soll, die Residenzpflicht weiter gelockert und das Resettlement ausgebaut werden sollen, soll das Asylverfahren voraussichtlich mit weiterem Qualitätsverlust beschleunigt werden. Insbesondere Flüchtlinge, die der nationalen Minderheit der Roma angehören, soll der Zugang zum Asylverfahren verbaut werden. Die neue Regierung möchte die südosteuropäischen Herkunftsstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklären. Diskriminierungen beim Arbeitsmarktzugang (Vorrangprüfung, ausländerrechtliches Arbeitsverbot) sollen bleiben, die Dauer des Arbeitsverbots nach der Einreise allerdings auf drei Monate reduziert werden. PRO ASYL wirft der SPD vor, trotz anderslautender Sonntagsreden auf eine Verschärfung der Abschottungspolitik auf EU-Ebene einzuschwenken.

- 27.11.2013 Presseerklärung PRO ASYL: ["Schwarz-roter Koalitionsvertrag"](#)
- [Link zum Koalitionsvertrag \(SPD\)](#)

Große Koalition gegen Roma. Neue Bundesregierung will Asylantragsteller/innen aus Südosteuropa weiter bekämpfen

- 27.11.2013 Presseerklärung PRO ASYL: ["Große Koalition gegen Roma-Flüchtlinge: die Politik der Null-Anerkennung steht. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht vor, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. So sollen die Betroffenen – hauptsächlich Angehörige der Roma und anderer Minderheiten – in Schnellverfahren abgelehnt und binnen kurzer Zeit abgeschoben werden können. Schon seit Herbst letzten Jahres werden Asylsuchende aus den Balkan-Staaten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Anweisung des Bundesinnenministeriums mit Vorrang bearbeitet. Bereits jetzt erfolgt keine ernstzunehmende Prüfung](#)

ihrer Fluchtgründe. Die Ablehnung scheint von vornherein festzustehen. Dies, wie auch die geplante Einstufung der Herkunftsstaaten als „sicher“, steht in eklatantem Widerspruch zur Realität: Die Diskriminierung der Roma und anderer Minderheiten ist etwa in Serbien so umfassend, dass einem Großteil der Betroffenen der Zugang zu Arbeit, zu Bildung, zu medizinischer Versorgung, zu regulären Wohnungen und oft gar zu sauberem Trinkwasser verwehrt bleibt.

- 02.12.2013 Grundrechtekomitee: „Große Koalition gegen Roma“

- 28.11.2013 Pressemitteilung Amaro Foro e.V. (Berlin): „Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU: Befeuerung rassistischer Ressentiments und Festschreibung von Diskriminierung“

Syrien-Kontingent: Weitere 5.000 Flüchtlinge werden aufgenommen

Die Innenministerkonferenz der Länder beschloss bei ihrer Sitzung am 6. Dezember in Osnabrück, weitere 5.000 syrische Flüchtlinge im Kontingent aufzunehmen. Außerdem wurde angekündigt, über 2014 hinaus unbefristet Resettlement fortzuführen und die Resettlementquote zu erhöhen (ohne eine genaue Zahl zu nennen). Mehr „good news“ von der IMK gibt es jedoch nicht. Die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge geht indes nur schleppend voran. Bisher sind von dem 5.000er Kontingent erst wenig mehr als 1.000 Flüchtlinge in Deutschland angekommen. Innerhalb Syriens sind mehr als 4 Millionen Menschen auf der Flucht, rund 2,3 Millionen sind UNHCR zufolge in die Nachbarländer geflohen.

- 04.12.2013 Presseerklärung: PRO ASYL und FLÜCHTLINGSRÄTE fordern großzügige Flüchtlingsaufnahme

- 06.12.2013 Pressemitteilung Innenministerkonferenz: „Pistorius: „Länder fordern mehr Solidarität und Einheit in der EU-Flüchtlingspolitik“ „

- 25.11.2013 Migazin.de: „Flüchtlingspolitik: Aufnahme syrischer Flüchtlinge geht kaum voran“

- 09.12.2013 PRO ASYL: „Auch nach Erhöhung des Kontingents kaum Chancen für Syrienflüchtlinge“ (ausführlicher, informativer Artikel)

- 09.12.2013 Frankfurter Rundschau: „Kommentar zur Flüchtlingspolitik: Beschämendes Eigenlob“

„Hauptstelle für Befragungswesen“: Geheimdienste horchen Asylsuchende aus

Laut Recherchen des NDR und der Süddeutschen Zeitung horcht der Bundesnachrichtendienst (BND) Asylsuchende systematisch aus und gibt Informationen auch an andere Geheimdienste weiter. Dabei gewonnene Erkenntnisse seien von US-Geheimdiensten auch beim Einsatz von Kampf-Drohnen im Rahmen des „war on terror“ zur Anwendung gekommen. Asylsuchende, die von der geheimen "Hauptstelle für Befragungswesen" befragt werden und terrorismusrelevante Informationen weitergeben, werden angeblich schneller anerkannt. Lange Zeit wurde stets bestritten, dass die HBW eine Dienststelle des BND ist. Auf eine mündliche Anfrage des MdB Jan Korte (LINKE) wurde dies am 2.12. im Bundestag aber eingeräumt.

+ 19.11.2013 Süddeutsche Zeitung: „Deutsche Behörde horcht Asylbewerber aus“

+ 19.11.2013 tagesschau.de: „US-Geheimdienst erhält Informationen. Asylbewerber ausgefragt“

+ 29.11.2013 Süddeutsche Zeitung: „Geheimer Krieg. BND will umstrittene Befragungsstelle auflösen“

+ Link zu Rechercheprojekt „Geheimer Krieg“ (Wie die USA von Deutschland aus den Krieg gegen den Terror steuern)

EUROSUR gestartet

Seit Anfang Dezember operiert das „European Border Surveillance System“ (Eurosur). Nach den neuerlichen Tragödien vor Lampedusa geschwind mit dem Mäntelchen der besseren Seenotrettung versehen, dient dieses Überwachungssystem primär jedoch schlicht zur weiteren Perfektionierung der Abwehr und Abschottung von „unerwünschter Zuwanderung“. Mit einem Budget von 250 Millionen Euro wird Eurosur zunächst das Mittelmeer und die norwegische Küste mit Frontex-Booten, Satelliten, Drohnen und anderem Gerät überwachen. Danach soll die gesamte EU-Aussengrenze abgedeckt werden.

- 02.12.2013 Frankfurter Rundschau: „Eurosur: Schutz vor unerwünschter Zuwanderung“

- 02.12.2013 tagesschau.de: „Grenzüberwachungssystem Eurosur: Gegen Einwanderung und Seenot“

- 02.12.2013 Die tageszeitung: „Drohnen gegen Flüchtlinge“

In aller Kürze / Infos und Materialien:

+ 05.12.2013 Presseerklärung PRO ASYL: „Nach Lampedusa: EU-Kommission recycelt flüchtlingsfeindliche Vorschläge“. Das beim EU-Innenministertreffen vorgeschlagene Maßnahmenpaket sieht vor allem vor, die Abwehr von Flüchtlingen an Transitstaaten zu delegieren. Die Vorschläge werden das Sterben von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen nicht beenden – im Gegenteil.“

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

10.12.2013, 19.00 Uhr, Volkshochschule Tübingen

Ausstellungseröffnung "Unüberwindbare Festung Europa"

Die Ausstellung zeigt selbstgemalte Bilder von Flüchtlingen, die in Tübingen leben sowie Teile der Fotoausstellung „boat people“ von Amnesty International.

Veranstalter: Asylzentrum Tübingen e.V.

Di, 10.12.2013, 10-21 Uhr, Haus der Geschichte, Urbansplatz 2, Stuttgart

Veranstaltung zum Tag der Menschenrechte: Flucht und Zuflucht – Asylgeschichte(n)

Über 45 Mio. Menschen sind zurzeit weltweit auf der Flucht. Am Tag der Menschenrechte stehen die Geschichten von Flüchtlingen in Vergangenheit und Gegenwart im Haus der Geschichte Baden-Württemberg im Mittelpunkt.

Veranstalter: Haus der Geschichte, Stuttgart.

17. - 18. Januar 2014, Evangelische Akademie Bad Boll

Flucht und Religion. Religion als Fluchtgrund in der Rechtsprechung - Das Beispiel Pakistan

Globalpolitisch spielt Religion derzeit wieder eine bedeutsamere Rolle als in vergangenen Jahrzehnten. In Syrien wird sie instrumentalisiert, Pakistan hingegen schließt ausdrücklich religiöse Minderheiten von staatlichen Rechten aus. Im Asylverfahren spielt daher die Religionsfreiheit eine zunehmend wichtige Rolle. Menschen fliehen aus religiösen Gründen. Die neuesten Entwicklungen zur Rechtsprechung dieser Fälle wollen wir gemeinsam vertiefen. Pakistan wird als Länderbeispiel im Fokus stehen.

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Württemberg und dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Zu [Programm](#) [pdf] und [Anmeldung](#)

31.01. - 02.02.2014 Stuttgart, Rathaus

Stuttgart Open Fair 2014: Festung EU oder solidarisches Europa?

Die Idee eines geeinten Europa steht für vieles: Menschenrechte, Frieden, Demokratie, Wohlstand. Doch welche Entwicklung nimmt die EU und welche Auswirkungen hat das auf den Rest der Welt?! Das STUTTGART OPEN FAIR 2014 beleuchtet Europa in der Einen Welt. Zur [Website von Stuttgart Open Fair](#)

Di, 6.2.2014, 18.00 - 22.00 Uhr, Stuttgart, Volkshochschule, TREFFPUNKT Rotebühlplatz

Podiumsdiskussion "Willkommen in Baden-Württemberg! - Neue Wege beim Umgang mit Flüchtlingen"

Veranstalter: Volkshochschule Stuttgart in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
www.vhs-stuttgart.de

Internationale Wochen gegen Rassismus 2014

Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Auf der Homepage können Sie sich über Hintergründe der Aktionswochen informieren, Informations- und Mobilisierungsmaterialien bestellen, sich in einem Veranstaltungskalender über Aktivitäten während der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 informieren und eigene Veranstaltungen und Initiativen bekannt machen.

Link zur Homepage der [Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart
Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de
Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Informationen / E-Mail-News"

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de